

**Postulat der LGE-Fraktion:
«Klinische Forschung am Kantonsspital?»**

Die Chirurgie am Kantonsspital St.Gallen steht im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Zum Methylenblau-Einsatz, der zu einem tragischen Todesfall geführt hat, hat das Gesundheitsdepartement nun Stellung bezogen. Erste Untersuchungen sind eingeleitet worden. Der Vorwurf, am Kantonsspital werde klinische Forschung betrieben, konnte an dieser Medienorientierung jedoch in keiner Weise entkräftet werden. Die Schweizerische Patienten-Organisation bleibt dabei, dass 1994 bei Patienten mit Naht-Insuffizienz nach Kolonresektion generell kein Anus praeter angelegt worden ist. Anhand der Krankengeschichten lässt sich dies nachprüfen. Um Klarheit zu schaffen, muss eine fachkompetente und unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt werden. Dabei müssen folgende Fragen geklärt werden:

- Wie viele Patienten und Patientinnen verstarben 1994 wegen einer Nahtinsuffizienz, wie viele 1995? Wie unterscheidet sich die Operationsstatistik vom März bis 4. November 1994 von derjenigen im Jahr 1995?
- Wie lange war die durchschnittliche Hospitalisationszeit auf der Intensivstation 1994 und 1995 bei Nahtinsuffizienz-Patienten?
- Handelt es sich bei diesen Operationen, bei denen kein Anus praeter angelegt wurde um klinische Experimente eventuell um klinische Forschung?
- Wurden die Patienten und Patientinnen aufgeklärt, dass bei einer Nahtinsuffizienz trotz hohem Risiko eine erneute End-End-Anastomose angelegt wird?
- Wurden die Patienten und Patientinnen auch über Alternativen aufgeklärt, beispielsweise dass ein vorübergehender Anus praeter die sicherere Methode sei?

Die Regierung wird eingeladen, eine fachlich kompetente und unabhängige Kommission – bestehend aus Chirurgen, Gerichtsmedizinern und einem Juristen mit medizinischen Kenntnissen – einzusetzen, und diese Kommission mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten, damit sie diese Fälle umfassend untersuchen kann. Die Regierung wird weiter eingeladen, dem Parlament so rasch wie möglich den Untersuchungsbericht vorzulegen.»

27. September 1999

LGE-Fraktion